

# Krakauer Zeitung.

Nr. 59.

Montag den 13. März

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petzle 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Ein-  
rückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Sempelgebühr für jede Einrichtung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und  
Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Nedaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

3. 5320.

Die k. k. Statthalterei-Commission in Krakau hat die an der Bialaer Hauptschule erledigte erste Lehrstelle im Vorrußungswege dem Lehrer derselben Schule Johann Brzezina, die hierdurch erledigte zweite Lehrstelle dem dritten Lehrer Joseph Buchmann, die dritte Lehrstelle dem Parallelklassenlehrer an der genannten Schule Johann Dugdzinski, endlich die ebenfalls erledigte vierte Lehrstelle dem dortigen Supplenten Thomas Skurczynski zu verleihen beschieden. \*

Bon der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 28. Februar 1865.

I Wiederholter richtiger Abdruck.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Gabinettschreie vom 28. Februar d. J. dem Bischof von Siebenbürgen Michael Gorazd de Gyergyó Szent Miklos die geheime Nachsicht der Taren allernützige zu verleihen ge-ruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

### Erneuerungen:

Der Major Johann Woschilda, des Infanterie-Regiments Freiherr von Szofcevič Nr. 78, zum Oberstleutnant im Regi-mente; der Major Peter Edler v. Hassel, des Ruhesstandes, zum Platzkommandanten zu Triest;

der Hauptmann erster Classe Joseph Dreyer, des Infanterie-Regiments Erzherzog Ludwig Victor Nr. 65, zum Major im Regi-mente;

der Hauptmann erster Classe Carl Müller, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Szofcevič Nr. 78, zum Major im Regi-mente.

### Verleihung:

Dem Major Johann Winter, des Ruhesstandes, der Oberstleutnantscharakter ad honores.

### Pensionierungen:

Der Oberst Joseph Freiherr v. Rauntenberg, Platzkom-mandant zu Triest;

der Oberstleutnant Johann Murgic, des Infanterie-Regi-ments Freiherr v. Szofcevič Nr. 78, und

der Major Eduard Weiber, des Infanterieregiments Erzherzog Ludwig Victor Nr. 65, mit Oberstleutnantscharakter ad honores.

Das k. k. Polizeiministerium hat die bei der k. k. Polizeidirection in Wien erledigten Obercommissarien den Commissarien dieser Polizeidirection Julian Mayenauer und Ludwig Ponter, dann dem Commissar der Lemberger Polizeidirection Johann Grzegorz verliehen und ferner den Commissarien Robert Metteis, dann die Actuare der Wiener Polizeidirection Peter Hofmann, Johann Kupfer-Schmid, Albin Neswadba und Edward Ehrenberger zu Commissarien derselbst ernannt.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem k. k.

Finanz- und Polizeiministerium die Errichtung eines Penions-

Institutes für die k. k. Finanzwache bewilligt und dessen Statuten genehmigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 13. März.

Die Nachricht der „Presse“, daß zwei Depeschen, eine am 5. und eine am 7. d. nach Berlin abgegan-gen seien, beruht, wie die „Schl. Ztg.“ schreibt, ent-schieden auf einem Irrthum. Die angebliche zweite

Depesche ist nur ein Theil der ersten vom 5., welcher die detaillierte Motivierung der Ablehnung und den Nachweis der Bundeswidrigkeit der einzelnen Vorschläge enthält. Selbstverständlich ist dieser Theil ebenfalls am 5. expediert worden, und bildet mit dem ersten allgemeinen Theil, wenn vielleicht auch in der Heimschrift getrennt, ein geistiges Ganze.

Im Leitartikel der „Nord. Allg. Z.“ vom 11. d. heißt es: Dänemark sei eine Drohung für Deutschland, speziell für Preußen geworden. Preußen müsse demnach für den Schutz seiner Gräben Garantien fordern. Diese seien in der Errichtung eines kleinen selbstständigen Staates nicht zu finden. Findet Österreich die preußischen Forderungen unannehbar, so wird der gemeinschaftliche Besitz fortduieren, bis eine Einigung beider Mächte über diese oder andere Bedingungen erfolgt sein wird.

In ihrer Nummer vom 11. d. schreibt die „Neue Preuß. Ztg.“: Das Hervortreten der unerlässlichen preußischen Forderungen in Bezug auf Schleswig-Holstein hat zunächst zwei wichtige moralische Folgen gehabt. Einerseits hat die öffentliche Meinung fast in ganz Deutschland — selbst da, wo es widerwillig geschieht — mit mehr oder weniger Klarheit erkannt, daß jene Forderungen eben unerlässliche sind und daß ohne ihre Erfüllung an eine Lösung der Herzogthümersfrage nicht zu denken ist. Andererseits, und das ist vielleicht das Wichtigste, ist eine völlige Berrüstung im Lager der Augustenburger Partei entstanden. Seit der Veröffentlichung jener Forderungen durch die „Prov. Corresp.“ ist die Verwirrung unter den „Particularisten“ und der Kleinkunst der bis dahin so vorlauten Organe derselben ganz unverkennbar hervorgetreten, und aus dem „Hoflager“ in Kiel selbst werden bereits direct und indirekt Anklüpfungen versucht, durch welche man die Unterlassungsfürden des letzten Jahres noch in zwölfter Stunde gut machen zu können meint. Es mag dahin gesetzt bleiben, in wie weit dies überhaupt noch möglich sein kann. — Was die

keinen Anstand genommen, die interristische schleswig-holsteinische Flagge anzuerkennen, aber auf die Forderung, daß die Flagge die Rechte, welche sie unter dänischer Herrschaft genossen hat, haben sollte, ist nach unserer Vermuthung an eine sofortige Erwiderung auf dieselbe von Seiten des preußischen Cabinets wohl nicht zu denken. Die ganze Angelegenheit bleibt nun eben zunächst in der provi-

oriellen Lage, in welcher sie sich befindet.

Die „Correspondenz Zeidler“ leitet aus der öster-

reichischen Antwort die Zustimmung zur Fortdauer

des Provisoriums in den Herzogthümern ab.

Der „France“ wird die Nachricht von der Verwerfung der preußischen Vorschläge Seitens des Wiener Cabinets mit dem Zusage gemeldet, daß die Meinungsverschiedenheiten der beiden Großmächte zwar diplomatisch haarscharfe, aber weit entfernt sind, einen Bruch befürchten zu lassen.

Zu den Erbansprüchen, welche von verschiedenen Seiten her auf Lauenburg erhoben worden sind, ist in der letzten Bundestagsitzung noch ein neuer hinzugekommen. Der Gesandte für Nassau und Braunschweig nämlich hat eine Denkschrift überreicht, in welcher die Herzogin Adelheid von Nassau, geborene Prinzessin von Anhalt und Enkelin der Landgräfin Louise Charlotte von Hessen, der Cognatin des dänischen Königshauses, zu Gunsten ihrer Descendenz in Bezug auf Lauenburg die Erbsolge-

Ansprüche wieder aufnimmt, auf welche sie ihrerseits am 13. September 1851 verzichtet hatte, durch welchen Verzicht aber dem am 22. April 1852 von ihr geborenen Erbprinzen von Nassau, wie es, dem Vernehmen nach, die Denkschrift ausführt, sein eventuelles Recht nicht vergeben werden soll. Die Gesandten derselben Regierungen, welche früher Ansprüche auf Lauenburg beim Bundesrat angebracht hatten, verfehlten nicht, dieselben bei Gelegenheit zu erneuern und sich gegen die der Herzogin Adelheid zu verwahren. Die Denkschrift wurde dem holstein-lauenburgischen Ausschuß überwiesen.

Zur Flaggenangelegenheit bemerkte die „Nord-deutsche Allg. Z.“: Als das Verlangen nach Einführung einer gemeinsamen Flagge für die Herzogthümer sich geltend macht, ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Anerkennung einer solchen Flagge ihre Schwierigkeiten habe und jedenfalls nicht ohne Weiteres eintreten werde, wenigstens dann, wenn die Weitere schleswig-holsteinischen Schiffe auf die Rechte der meistbegünstigten Nationen Anspruch machen. Es scheint fast, als wenn die Vorauslage sich zum Nachteil des schleswig-holsteinischen Schiffsverkehrs erfüllen sollte. Die Anerkennung der neuen Flagge ist zwar allgemein erfolgt, dagegen verfangen viele der größeren Staaten der neuen Flagge die Rechte der meistbegünstigten Nationen. Nur die kleineren Staaten, namentlich die Hansestädte, sind bereitwillig auf alle derselbstigen Forderungen eingegangen. Es werden in Folge dessen jetzt langwierige Verhandlungen angeknüpft werden müssen. Es versteht sich zwar von selbst, daß Preußen dieselben zu beschleunigen suchen wird. Der inzwischen eintretende Schaden aber legt wohl die Frage nahe, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn man die schleswig-holsteinischen Schiffe unter österreichischer oder preußischer Flagge hätte segeln lassen.

Wie erwähnt, hat die französische Regierung keinen Anstand genommen, die interristische schleswig-holsteinische Flagge anzuerkennen, aber auf die Forderung, daß die Flagge die Rechte, welche sie unter dänischer Herrschaft genossen hat, haben sollte, ist nach unserer Vermuthung an eine sofortige Erwiderung auf dieselbe von Seiten des preußischen Cabinets wohl nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleichzeitig auf eine Gegenseitigkeit der Leistungen Bedacht zu nehmen. Diese Gegenseitigkeit liege außerordentlich nahe, da die Regierungen für ihre Schiffe in den Häfen der Herzogthümer doch ebenfalls Rechte garantirt haben wollen,

nicht bedingungslos eingehen will. Wie aus Berlin

gemeldet wird, soll aus London eine ähnliche Erklärung eingetroffen sein, und zwar mit folgender Begründung: In der Diplomatie existieren einseitige Zugeständnisse nur in Ausnahmefällen. Ein solcher liege aber hier nicht vor. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Herzogthümern Bewilligungen zuzugeschlagen, ohne nicht gleich

Artikel stütze sich nicht auf bloße Gerüchte, sondern die Begünstigung der südstaatlichen Flüchtlinge unfehlbar auf Noten und Gesandtschafts-Berichte, welche früher oder später an die Deftlichkeit treten, um eine zeitlang wahrscheinlich dementirt und schließlich solides Geschichtsmaterial zu werden. Offiziöse Blätter würden vielleicht versichern, daß die russische Diplomatie an befriedeten Höfen nie und nimmermehr von der angeblich beabsichtigten „Einverleibung“ Polens gesprochen habe. Wörtlich genommen, möge dies richtig sein, denn das Wort „Einverleibung“ sei in Paris und London zum mindesten noch nicht offen ausgesprochen, wohl aber habe der russische Staatskanzler durch seine Botschafter am englischen und französischen Hofe An deutungen über eine bevorstehende „Reorganisation“ Polens machen lassen, deren Tragweite kaum miszuerstehen sei. Der Ton, in welchem die russische Regierung in London sowohl, wie in Paris, die Notwendigkeit hervorhob, die polnische Frage als eine innere russische, d. h. nichteuropäische zu betrachten, soll übrigens ein sehr entschiedener, man könnte fast sagen: krüsler, gewesen sein. Herr v. Brunnon wünschte von Lord Russell nicht weniger, als daß er gelegentlich im Parlamente eine dieser Auffassung entsprechende formelle Erklärung abgebe, da nur durch eine solche den ewigen unlöslichen Interpellationen über Polen vorzubeugen sei. Gegen den französischen Minister des Auswärtigen sollten ähnliche Wünsche geäußert worden sein; diesem gegenüber mit Berufung auf das Wort des Kaisers Napoleon, daß die Verträge von 1815 längst durchlöchert seien. Was Herr Drouyn de Lhuys darauf geantwortet hat, wisse man nicht, daß aber Lord Russell nicht in der Lage ist, Polen aus dem Register der Parlaments-Interpellationen zu streichen, werde sich bald zeigen, denn nächstens wolle Henebey wegen Polens interpelliren.

Aus Konstantinopel, 6. März, wird gemeldet: Daud Pascha, der Gouverneur des Libanon, hat seine Entlassung gefordert, weil Johann Karam ohne seine Genehmigung wieder ins Land gekommen ist. Die Pforte ist verschlossen, die Grundläge des Verwaltungsreglements aufrecht zu erhalten, das die Großmächte für die Reorganisation des Libanon festgestellt haben. Das Entlassungs-Gesuch Daud Pascha's ist daher nicht angenommen worden.

Der griechische Minister des Neuherrn, Buduris, hat an die Repräsentanten der drei Schutzmächte, nämlich die Herren Gobineau, Erskine und Bludoff eine Note gerichtet. Er dankt ihnen in derselben für die der griechischen Regierung gewährten neuen Concessions bezüglich des von den drei Schutzmächten garantirten Anlehens und erklärt denselben, die griechische Regierung sei bereit, den garantirenden Mächten die Hälfte der Zolleinnahmen von Syra zur Verfügung zu stellen. Der Minister spricht ferner die Hoffnung aus, die allmähliche Wiederherstellung der geegnetlichen Ordnung und die aufrichtige Ausübung der Institutionen, welche sich das Land gegeben hat, würden einen heilsamen Einfluß auf die Finanzen äußern. Er glaubt, daß, wenn man zu diesen Ursachen noch den „Impuls“ einer Verwaltung hinzufügt, welche fest entschlossen wäre, die Unparteilichkeit und Rechtlichkeit (rectitude) zur Richtschnur zu nehmen, Griechenland in einer nicht ferneren Zukunft in der Lage sein würde, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Dem „Morning Herald“ zufolge wird Frankreich binnen zwei Monaten 5000 Mann Verstärkung nach Mexico senden.

Das Project des südstaatlichen (californischen) Senates Givin, Sonora mit seinen Landesleuten zu colonisiren, hat in Europa zu den abenteuerlichen Geschichten Beranlassung gegeben. Um so mehr Interesse wird die der „Gen.-C.“ aus Mexico mitgetheilt. positive Nachricht gewähren, daß dieses Project gänzlich durchgefallen ist, obgleich es sich der Unterstüzung des so eben von Mexico nach Washington versegelten französischen Gesandten Moutholon erfreute. Kaiser Maximilian wollte mit dem südlichen Abenteurer nichts zu thun haben und hat damit abermals seine große Einsicht bewiesen. Seine gegenwärtigen Anstrengungen, die insurrectionellen Bewegungen unzufriedener Mexicaner zu bewältigen, waren unbedeutend gewesen mit denjenigen Schwierigkeiten, welche ihm die Heißsporne aus den südlichen Staaten bereitet haben würden, wenn sie einmal in seinem Reiche festen Fuß gesetzt hätten. Zugemäße hätte er sich durch

In Stuttgart hat am 7. d. der erste Zusammentritt der Conferenz für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und der Schweiz stattgefunden.

■ Krakau, 13. März.

Wir sind in der Lage, heute genauere Nachrichten über die Notstandsangelegenheit in Galizien mittheilen zu können. Dieselben sind insofern beruhigend, als sie die Annahme bestätigen, daß der Notstand noch nicht jene Besorgniß erregende Dimensionen angenommen hat, welche die bisher angewendeten Mittel als unzureichend erkennen ließen.

Bisher wurden nur einige Gebirgsbezirke des Wadowicer, Sandecer und Sanoker Kreises, dann in Folge spezieller Elementarunfälle des vorigen Jahres mehrere Ortschaften des Przemysler Kreises von einer eingeschlossenen Notlage betroffen. Für letztere haben Se.

Majestät der Kaiser schon im vorigen Spätherbst eine

Unterstützung von 10.000 fl. allernächst gestpendet,

welche durch das dortige Unterstützungs-Comité theils

sogleich vertheilt, theils zum Ankauf von Saatfrüchten verwendet worden sind. Von Seite des Staatsministeriums wurden aus Mitteln des Landeskofonds 16.000 Gulden zur Eindringung des drohenden Notstandes be stimmt, welche bis heute der galizischen Statthalterei

zur Verfügung stehen und aus den betreffenden Be

zirkeln noch nicht in Anspruch genommen worden sind.

Außerdem würde für Notstandsbauten im Sanoker

Kreis gleichfalls aus Landesmitteln ein Betrag von

10.000 fl. bewilligt und sind allenfalls, um dem

drohenden Mangel bei Zeiten zu begegnen, von Seite

der Behörden die nötigen Erhebungen und lokale Ver

fügungen getroffen worden. Zu Besorgnissen für die

nächste Zukunft, namentlich was den nötigen Vor

rath an Saatfrüchten betrifft, ist nur in mehreren

Gebirgsgegenden des Sandecer Kreises Anlaß gege

ben; eine Hungersnoth ist aber auch dort nicht zu

befürchten, weil wohlfeiles Getreide aus dem benach

barten Ungarn zugeführt wird und die Bevölkerung

an Brod aus Hafermehl mit Kartoffeln vermengt, ge

wohnt ist. Noch nirgends ist dorthin selbst, wie in den

Hungerjahren von 1847 und 1853 der Fall vorge

kommen, daß die Bauern zeitweise ihre Wirthschaft

verlassen haben und nach Ungarn auf Erwerb

gezogen sind. Was insbesondere die Nachricht anbe

langt, daß sich bereits der Hungertyphus eingestellt

hatte, so entbehrt dieselbe zum Glück jeder Begründung.

Wohl sind im Tarnopoler, Zölkimer, Bloczo

wer und Stryjer Kreis typhöse Krankheiten zum

Ausbruch gekommen; die Entstehungsursache derselben

ist jedoch keineswegs in Nahrungsnöth zu suchen, was

sich schon daraus ergibt, daß einige dieser Gegenden

von der Notlage gar nicht berührt sind und daß na

mehrlich auch im Tarnopoler und Czortkower Kreise,

woselbst ganz normale Verhältnisse stattfinden, meh

reere Typhusfälle vorgekommen sind.

Die „Lemb. Ztg.“ vom 16. März bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Lemberg im Monate Februar 1865 erfolgten und rechts-

friedener Mexicaner zu bewältigen, waren unbedeu

tend gewesen mit denjenigen Schwierigkeiten, welche

ihm die Heißsporne aus den südlichen Staaten bereitet

haben würden, wenn sie einmal in seinem Reiche fe

sten Fuß gesetzt hätten. Zugemäße hätte er sich durch

legt denselben mit dem Gefühl aus der Hand, daß wohl

selten so viel Anstrengung und Mühe, so viel materielle

Mittel vergeblich angewendet und in Bewegung gesetzt

wurden. Napoleon konnte noch Zahl solche Werke schreiben

und Hunderte von Millionen für politisch-literarische Zwecke

ausgeben, er würde die Menschheit dennoch nicht überzeu

gen, daß ein Einzelner mit den Rechten der Nebrigen so

versfahren darf, als eine „geschickte Benutzung der Umstände“

ihm das gestattet. Die Welt will nun einmal nicht wider

ihren Willen glücklich werden, weder von einem Julius

Cäsar, noch von einem Napoleon III. und nimmermehr

wird sie sich einreden lassen, daß gleichwie Cäsar nicht

von vornherein die Absicht gehabt habe, sich zum Imperator

aufzuschwingen, auch Napoleon nur Kaiser geworden

sei, weil die Ereignisse, die er nicht selbst hervorgerufen,

ihm die Krone aufgezwungen hätten.\*

Der Ausschuß zur Berichterstattung über Herrn v.

■ im Betrage von 500 fl. Verbot der weiteren Verbreitung der Nr. 10 vom J. 1864 dieser Zeitschrift und Bernichtung der davon vorhandenen Exemplare, mit Kerker 1½ Jahren. — 2. Katharina Wareš aus Lemberg, 27 J. alt, Gouvernante, ab instantia freigesprochen. — 3. Julie Bielska geb. Gräfin Wodzicka aus Blota in Polen, 60 J. alt, Gutsbesitzerin in Rybcice, zu 3wöch. Kerker verurtheilt aber zu 8täg. begnadigt. — 4. Alexander Osmolski aus Lemberg, 38 J. alt, Hauseigentümer und städtischer Marktausleiter, zu 3mon. Kerker verurtheilt, zu 6wöch. begnadigt.

Wegen Verbrechens der Verschubleistung.

5. Michael Schwarz aus Drohobycz, gewesener Gefangenewärter, ab inst. freigesprochen. — 6. Todor Graf Dzieduszycki aus Tydorówka, 23 J. alt, r. k. Rechtsritter, ab inst. freigesprochen.

Wegen Vergehens gegen die öffentlichen Anstalten und Verkehrungen.

7. Johann Czaklo aus Grodek, Grundwirth, zugleich wegen der Übertr. gegen die körperliche Sicherheit zu 2wöch. strengen, durch 2mal. Fassen bei Wasser und Brod verschärften Arrest. — 8. Anton Scholz aus Lemberg, 34 J. alt, Greisler, zu 24stünd. Arrest. — 9. Amalie Scholz aus Lemberg, 30 J. alt, Greislersgattin und — 10. Vincent Schäfer aus Rohatyn, 49 J. alt, Viehhändler, mit Geldstrafe von 10 fl. — 11. Feivel Tigermann, Schänker, aus Drohobycz, zu einer Geldstrafe von 20 fl.

Wegen Nebertretung des unbefugten Waffenbesitzes.

12. Alexander Rebizant aus Huta rożaniecka, 32 J. alt, Bauer, zu 2täg. Arrest und Verfall der Waffe. — 13. Georg Glanz aus Parzyce, 22 J. alt, Wagner, zu 8täg. Einzelarrest. — 14. Alois Ertl aus Spital, 25 J. alt, Kammerdiener, zu 8täg. Arrest. — 15. Gottlieb Asbach aus Holstein, 54 J. alt, Zimmermann, mit einer Geldstrafe von 30 fl. — 16. Milian Mielnik aus Remagen, 26 J. alt, Grundwirth, zu 8täg. Stockhausarrest. — 17. Daniel Szczedryk aus Lubsza, 34 J. alt, verabscheuter Führer, zu 8täg. Stockhausarrest, im Wege der Gnade zu 4täg. Arrest.

### Verhandlungen des Reichsrates.

Morgen Dienstag wird die letzte Budgetverhandlungssitzung vor das Plenum des Abgeordnetenhauses kommen; sollte dieses dem Antrage des Finanzausschusses über den Brants'schen Antrag, der eine Vereinfachung der Budgetbehandlung anstrebt, zur Tarifordnung überzugehen, beipflichten, so würde die ganze Angelegenheit in ihr früheres Stadium zurücktreten, und die Verhandlung des Finanzausschusses resp. Subcomit's mit der Regierung über die aus

Anlaß des Brants'schen Antrages von letzterer gemachten Propositionen wären eben nur eine Episode gewesen. Eine Niederlage würde, falls diese Eventualität eintrete, die Regierung nicht erleiden, da der in Prag stehende Antrag nicht von ihr, sondern von einem Mitglied des Hauses gestellt worden, und könnte, auch wenn das Haus den Übergang zur Tarifordnung verwerfen sollte, eben so wenig von einem Steiger der Regierung die Rede sein. Ein parlamentarischer Conflict im eigentlichen Sinn ist also keineswegs zu befürchten, und die Verwerfung des Brants'schen Antrages würde keine weiteren Folgen nach sich ziehen, als eben die Notwendigkeit, die Budgetfrage in der Detailberatung fortzusetzen. Jedenfalls wird dem von dem Finanzausschuß zu stellenden Antrag auf Übergang zur Tarifordnung ein Gegenantrag gegenübergestellt werden, um nochmals mit dem Verfall, eine beschleunigte Budgetbehandlung herbeizuführen, zu debüttieren. Ein Conflicte könnte erst dann entstehen, wenn das von dem Finanzausschuß projektierte Finanzgesetz wegen der zu hohen Abstriche auf Widerstand der Regierung stoßen würde. So weit

aus den bisherigen Arbeiten des Ausschusses, die in wenigen Tagen zum Abschluß gelangen dürften, ersichtlich ist, wird sich der in Vorschlag zu bringende

Abstrich für 1865 auf beiläufig 25 Millionen belaufen. Diese Ziffer würde von jener, welche die Regierung zugestanden, nicht sehr differieren, allein es ist zu bedenken, daß die Regierung, um die Annahme

des Brants'schen Antrages zu ermöglichen, diesen Abstrich nur unter der Bedingung zu gestehen wolle, daß

seiner Ausprache jene Worte verschwiegen, folglich

gleichsam zurückgenommen habe, steht Carnojevic auf und behauptet mit Ungezüm, daß er nichts zu wider

Plenars bei der Verhandlung des Jahresberichtes der Staatschuldencontroll-Commission abgegebene Erklärung erkannte einstimmig: es sei kein Grund vorhanden, deswegen beim Hause einen Antrag zu stellen, nachdem Herr von Plener erklärt habe, er sei zu jener Auflösung nur dadurch veranlaßt worden, weil er geglaubt habe, die Anträge der Controll-Commission gingen über deren gesetzlichen Wirkungskreis hinaus.

Der Finanzausschuß erledigte in seiner Abend-sitzung das voluminöse Capitel der „Gasse verwahlung“ nach den Positionen der Budgetvorlage und schrift zur Wahl des Generalberichterstatters, welcher Namens des Finanzausschusses das Gesamtreferat über das Budget pro 1865 an das Plenum des Abgeordnetenhauses zu erstatte haben wird. Als solcher wurde der Abg. Tasch gewählt. — Der Finanzausschuß erledigte auch einige minder bedeutende Rubriken des Budgets und zwei Nachtragscredite. Von dem von der Regierung zur Renovierung der Carls-Kirche mit 50.000 fl. für zwei Jahre geforderten Nachtragscredit beantragt der Abg. Brinz als erste Rate pro 1865 die Summe von 25.000 fl. zu bewilligen; der Auftrag wird angenommen. Der Nachtragscredit von 50.000 fl. zur Unterstützung türkischer Flüchtlinge in Dalmatien, wofür bisher der Dispositionsfond in Anspruch genommen worden war, wird auf Antrag des Abg. Breitl. be willigt.

Am 10. d. hat der Steuerreform aus schluß eine Plenarsitzung abgehalten, um über einen Antrag der ersten Section im Abgeordnetenhaus die Wahl eines ständigen Ausschusses zur Beratung über die Steuerreform zu beantragen und zur Formulirung dieses Antrages, so wie zur Verfaßung eines dazu nothwendigen Gesetzentwurfes über die Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne des oben erwähnten Antrages ein Subcomit' von 5 Mitgliedern aus dem Ausschuss niedergeschlagen, berichtet. Der Herr Finanzminister, welcher der Sitzung beiwohnte, erklärte: „daß die Regierung ein möglichst baldiges Zustandekommen der Steuerreformvorlagen für unbedingt nothwendig erachte; daß sie als bestes und einziges Mittel zu diesem Behufe eine Permanenzklärung des Steuerreformausschusses auch nach Schluss der Reichsratsession ansehe und daß sie ferner einen diesbezüglich gestellten Antrag unterstützen werde; daß aber schließlich die Session des Reichsrates jedenfalls noch so lange dauern werde, um den neuen Zolltarif einzuführen und erledigen zu können.“ Der Antrag wurde hierauf fast einstimmig angenommen und die Wahl des Comit' sogleich vorgenommen.

— EXCO —

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. März.

Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Mathilde werden eines Krampfhusens wegen, welcher bei der ungewöhnlich rauhen Witterung dieses Jahres länger andauert, zu einer ärztlich angerathenen Luftveränderung nach Benedict reisen und dort bis zum Eintritt milderer Witterung verweilen.

Nach einer heute eingelangten Depesche wird der k. englische Botschafter Bloomfield erst Dienstag hier eintreffen.

Der junge Fürst Goritschakoff ist heute mit Gefolge nach Italien abgereist.

Im Prozeß des „Wanderer“ wegen Ehrenbeleidigung des Königs von Preußen bestätigte der oberste Gerichtshof die zweitinstanzliche Verjährung der erstinstanzlichen drei Tage auf einen Monat Arrest.

Aus der Sitzung des herzlichen Congresses am 9. d. wird aus Carlowitz unter gleichem Datum gemeldet: Abgeordneter Carnojevic opponiert

rufen habe. Da er seine weitere Rede in die-  
sem provozirenden Tone fortführt und sich dadurch  
ein Theil des Publicums zu Beifallsäußerungen hin-  
reissen lässt, weßwegen es zum Verlassen des Saales  
aufgefordert wird, ruft der l. f. Commissär den De-  
putirten Carnojevic zur Ordnung und entzieht ihm  
in dieser Angelegenheit für heute das Wort. Carno-  
jevic, Dr. Miletic und Aksentisevic, verlassen darauf  
den Saal.

### Deutschland.

In Flensburg erfolgte am 7. d. die polizeiliche  
Verhaftung des Kaufmanns J. P. S. Schröder.  
Die Ursache, schreibt die „Lüb. Ztg.“, besteht in der  
Colportirung einer an den Kaiser der Franzosen ge-  
richteten Adresse, welche seinen Einfluß anruft zur

Wiederausgabe des nördlichen Theiles Schleswigs an  
Dänemark. Da der Inhaftierte wohl als dänisch ge-  
funden, sonst aber als ein ruhiger Geschäftsmann be-  
kannt ist, der sich politisch-agitatorisch bisher nicht  
bemerkbar gemacht hat, so wird mit Recht angenom-  
men, daß hier wieder eine Kopenhagener Wühlerie zu

Gründe liegt, und ein eigenthümliches Zusammen-  
treffen ist es, daß gerade in diesen Tagen das Par-  
iser „Mémorial diplomatique“ die Lösung der schles-  
wig-holsteinischen Frage auf Grundlage der erwähn-  
ten Trennung unseres Herzogthums als nahe bevor-  
stehend bezeichnete.

Die Kieler Z. meldet: Die Prälaten und die  
Ritterchaft sind zum 16. März nach Kiel berufen,  
um in Beratung des Geburtsstages Sr. Majestät  
des Königs von Preußen in Berathung zu treten und  
über die Festfeier zu beschließen.

Das Stadtkollegium in Kiel hat in seiner Sitzung vom 10. d. einstimmig genehmigt, daß das Ha-  
senträin für das neue Marine-Etablissement erwei-  
tert werden kann.

Zur Ergänzung früherer Berichte über den Schloss-  
brand in Braunschweig trägt die „D. Reichs-Ztg.“ fol-  
gendes nach: Die Ursache der schnellen Ausbreitung des  
Feuers soll nach dem Urteil Sachverständiger darin liegen,  
daß bei dem Bau des Schlosses insofern ein Fehler be-  
gangen worden ist, als das dichte Balkewerk des Dach-  
stuhls ohne eine Unterbrechung durch Brandmauern, wie  
der verstorbene Othmer vorgeschrieben hatte, sich über das  
ganze Gebäude hinzicht. Diesem Umstände ist namentlich  
das Vorlaufen des Feuers unter den eisernen Dachpfannen  
gegen den Wind zuzuschreiben, sowie die Erscheinung, daß  
der Brand stets von oben nach unten wütete und die  
Zerstörung in der Weise bewirkte, daß immer Plafond auf  
Plafond stürzte. In den Dachstuhl aber sandten die Glami-  
men ihren Weg zunächst dadurch, daß sie alsbald eine höl-  
zerne Wendeltreppe ergripen, welche im nördlichen Flügel  
bis zum Dache emporführte. Daz man die Gefahr an-  
fangs im Schlosse und außerhalb desselben unterschätzte, ist  
nicht zu bezweifeln, daß dem Element durch Deffusion des  
Dachstuhls und dadurch herbeigeführte Einwirkung der Luft-  
strömung, welche glücklicherweise von Süden nach Norden  
ging, hätte Einhalt gehalten werden können, ehe es alle  
Anstrengungen verspottete, wird von Technikern und Sach-  
verständigen behauptet, es würde aber unfruchtbare sein, an  
diesem Platze eine Polemik darüber zu eröffnen. Was nun  
den Umfang der Zerstörung anlangt, so ist der nördliche  
Flügel im Innern vollständig zerstört, während der südliche,  
einige Wasserbeschädigungen abgesehen, unverletzt erhalten  
geblieben ist. Das Hauptgebäude, Corps de logis, ist  
in seiner nördlichen Hälfte vollständig ausgebrannt, eben  
so in der mittleren Rotunde, während die südliche Hälfte  
bis auf einige an die Rotunde stoßende Zimmer verhont  
blieb. Die äußern Quadranten des Baues sind besser,  
als man anfangs glauben durfte, erhalten, das Souterrain  
hat gar nicht, das Erdgeschoss wenig gelitten, so daß die  
Restauration eine sehr bedeutende Basis vorfindet. Mit  
der wohnllichen Herstellung des südlichen Flügels ist man  
bereits energisch beschäftigt und derselbe soll schon im Herbst  
dieses Jahres so weit vollendet sein, um als Residenz des  
Herzogs dienen zu können. Im übrigen wird gegenwärtig  
der Schutt aufgeräumt und weggebracht, damit baldmöglichst  
auch mit dem Wiederaufbau des Ganzen begonnen  
werden kann. Die herrliche Quadriga allerdings, dieses  
Meisterwerk der Plastik, welches jedem Braunschweiger ans  
Herz gewachsen war, ist vollständig verloren. Einzelne  
Teile, welche nicht geschmolzen oder sonst zerstört wurden,  
sind so verbogen und das Metall derselben hat so im  
Feuer gelitten, daß von ihnen, wie der Schöpfer derselben  
glaubt, kein Gebrauch gemacht werden kann. Doch zu un-  
serer größten Freude hören wir, daß Meister Howald den  
ersten betäubenden Schmerz überwunden hat und mit frischem  
Geiste und thakräftiger Hand zum zweiten Mal an  
das große Werk gehen will. Was sich an Mobiliens im  
Hauptgebäude, sowie im südlichen Flügel befand, namentlich  
die Gemälde, das Silber und Gold, die höchst wertvollen  
Tafelaufsätze u. s. w., konnte gerettet werden, wenn  
sich auch nicht vermieden ließ, daß manche Glas- und Kry-  
stallvasen beschädigt wurden. Das Mobiliar des nördlichen  
Flügels dagegen und die in demselben befindlichen Kunstsä-  
chäfte wurden nur zum Theil geborgen, was aber an ge-  
münztem Gelde und Pretiosen fehlt, ist fast sämtlich  
unverfehrt aus dem Schutte in Folge sorgfältiger Nach-  
forschungen wieder zu Tage gefördert worden.

In München fand am 6. d. eine Besprechung statt, welche den Zweck hatte, die Sympathien der dortigen Einwohner für die durchziehenden Polen zu einer wirklichen Hilfe zu gestalten. Es ist bereits  
im Röhrchen um die Gestaltung öffentlicher Sammlungen angelegt worden. Durch diese sollen die Mittel für Beförderung der Polen nach Nordamerika  
gebracht werden. Nebrigenz hat die bayerische  
Staatsregierung auf eine Anfrage des Augsburger  
Magistrats erklärt, daß die Verpflegung und Fort-  
bewahrung der flüchtigen Polen auf die Staatskasse  
übernommen werden.

Das „Dresden Journal“ meldet, daß der König von Sachsen bewilligt habe, die gegen Dr. Arnold  
Ruge (früher in Leipzig, jetzt in Brighton) wegen  
Teilnahme an den Dresdner Mai-Ereignissen

von 1849 eingeleitete Untersuchung niedergezu-  
schlagen.

Nach einem Telegramm der „National-Zeitung“ aus Köln beschloß die Stadtverordneten-Versammlung mit Rücksicht auf den Verfassungs-Conflict, kein offizielles Fest der Provinzial-Ginverleibung am 15. Mai zu veranstalten und lehnte jeden Credit dazu ab.

Wie der „Ost-Ztg.“ erzählt, soll ein polnischer Schriftsteller dem Prinzen Napoleon das Anerbieten gemacht haben, die Übersetzung des „Cajal“ ins Polnische unter der Bedingung unentgeltlich anzufertigen zu wollen, wenn der Ertrag für das französisch-polnische Comité bestimmt würde, worauf jedoch der Prinz geantwortet habe, daß ein solches Anerbieten höheren Orts nicht angebracht werden dürfe.

### Frankreich.

Paris, 10. März. Der Kaiser besuchte den Herzog von Morny auf seinem Sterbelager. Der „Constitutionnel“ trachtet, die Differenz zwischen Duruy und dessen Collegen vermittelnd zu begleichen. Duruy's Demission wurde nicht angenommen. Das Decentralisationsgesetz wird schwerlich von der Kammer angenommen, weil es die Macht der Präfekten vermehrt, ohne die Autonomie der Gemeinden erheblich zu stärken. Am 16. d. M. wird in den Tuilerien ein großes Fest zur Feier des zehnten Geburtstages des Kronprinzen gefeiert. Prinz Napoleon wird

morgen den 11. d. M. in der philotechnischen Gesellschaft zu Gunsten des obligatorischen Unterrichts sprechen. Neuer prätendiert, daß der „Moniteur“ seiner Leitung unterstellt werde. Marschall Magenta,antwort auf Befürchtungen, die Boissy ausgesprochen, erklärte im Senat unter lebhaften Beifall der Versammlung, daß, wenn der Kaiser sterben sollte, die Staatskörper und die Armee sich fest um den kaiserlichen Prinzen schaaren und denselben zum Nachfolger seines Vaters ausrufen werden. — In der heutigen Sitzung des Senats wurde nach mehreren un-  
wichtigen Reden die General-Debatte geschlossen; in der hiernach eröffneten Special-Debatte wurden die ersten 11 Paragraphen der Adresse angenommen. — Der

„Constitutionnel“ bringt heute eine kurze Notiz, in der Duruy's Verbleiben im Ministerium durch die verstorbenen Othmer vorgeschrieben hatte, sich über das ganze Gebäude hinzicht. Diesem Umstande ist namentlich das Vorlaufen des Feuers unter den eisernen Dachpfannen gegen den Wind zuzuschreiben, sowie die Erscheinung, daß der Brand stets von oben nach unten wütete und die Zerstörung in der Weise bewirkte, daß immer Plafond auf Plafond stürzte. In den Dachstuhl aber sandten die Gläsernen ihren Weg zunächst dadurch, daß sie alsbald eine hölzerne Wendeltreppe ergripen, welche im nördlichen Flügel bis zum Dache emporführte. Daz man die Gefahr anfangs im Schlosse und außerhalb desselben unterschätzte, ist nicht zu bezweifeln, daß dem Element durch Diffusion des Dachstuhls und dadurch herbeigeführte Einwirkung der Luftströmung, welche glücklicherweise von Süden nach Norden ging, hätte Einhalt gehalten werden können, ehe es alle Anstrengungen verspottete, wird von Technikern und Sachverständigen behauptet, es würde aber unfruchtbare sein, an diesem Platze eine Polemik darüber zu eröffnen. Was nun den Umfang der Zerstörung anlangt, so ist der nördliche Flügel im Innern vollständig zerstört, während der südliche, einige Wasserbeschädigungen abgesehen, unverletzt erhalten geblieben ist. Das Hauptgebäude, Corps de logis, ist in seiner nördlichen Hälfte vollständig ausgebrannt, ebenso in der mittleren Rotunde, während die südliche Hälfte bis auf einige an die Rotunde stoßende Zimmer verhont blieb. Die äußern Quadranten des Baues sind besser, als man anfangs glauben durfte, erhalten, das Souterrain hat gar nicht, das Erdgeschoss wenig gelitten, so daß die Restauration eine sehr bedeutende Basis vorfindet. Mit der wohnllichen Herstellung des südlichen Flügels ist man bereits energisch beschäftigt und derselbe soll schon im Herbst dieses Jahres so weit vollendet sein, um als Residenz des Herzogs dienen zu können. Im übrigen wird gegenwärtig der Schutt aufgeräumt und weggebracht, damit baldmöglichst auch mit dem Wiederaufbau des Ganzen begonnen werden kann. Die herrliche Quadriga allerdings, dieses Meisterwerk der Plastik, welches jedem Braunschweiger ans Herz gewachsen war, ist vollständig verloren. Einzelne Teile, welche nicht geschmolzen oder sonst zerstört wurden, sind so verbogen und das Metall derselben hat so im Feuer gelitten, daß von ihnen, wie der Schöpfer derselben glaubt, kein Gebrauch gemacht werden kann. Doch zu unserer größten Freude hören wir, daß Meister Howald den ersten betäubenden Schmerz überwunden hat und mit frischem Geiste und thakräftiger Hand zum zweiten Mal an das große Werk gehen will. Was sich an Mobiliens im Hauptgebäude, sowie im südlichen Flügel befand, namentlich die Gemälde, das Silber und Gold, die höchst wertvollen Tafelaufsätze u. s. w., konnte gerettet werden, wenn sich auch nicht vermieden ließ, daß manche Glas- und Kristallvasen beschädigt wurden. Das Mobiliar des nördlichen Flügels dagegen und die in demselben befindlichen Kunstsächäfte wurden nur zum Theil geborgen, was aber an ge- münztem Gelde und Pretiosen fehlt, ist fast sämtlich unverfehrt aus dem Schutte in Folge sorgfältiger Nachforschungen wieder zu Tage gefördert worden.

### Schweiz.

Der Schweizer „Bund“ schreibt: Der Bundesrat hat beschlossen, bei dem bayerischen Ministerium wegen des eigenmächtigen, mit den gegebenen Zusicherungen im Widerspruch stehenden Verfahrens der bayerischen Polizei in Bezug auf die Polenflüchtlinge seit dem 26. Februar zu reclamiren; es wurden nämlich wiederholt politisch Rücktlinge sogar auf dem Zwangsweg nach der Schweiz instrudirt, die in München Arbeit gefunden. Der Bundesrat wünscht ernstlich, die bayerische Regierung möchte die nötigen Beihilfen geben, damit die Polizeibehörden im Einklang handeln mit den Zusagen der Regierung.

Langiewicz, schreibt der „Wächter“, ist erst gestern Samstag, am 4. d. über Romanshorn nach Zürich gereist. Er wird sich von dort nach Bern begeben, um dem Bundesrat für die Bemühungen zu danken, und dann vermutlich sein Bürgerrecht in Grenzen (Canton Solothurn) antreten. Auf seiner Reise wurde er bis Ulm von österreichischer Polizei eskortiert. In Ulm wurde der General vom eidgenössischen f. f. Schulrat und Gymnasial-Inspector im 59. Lebensjahr.

Oberst Rothpletz empfangen, in dessen Begleitung er den Schweizerboden betrat. Langiewicz ist ein Mann von mittlerer Statur, mit lebhaften Augen, ziemlich eingefallenen Wangen und starkem Schnurbart. Seine Kleidung ist sehr einfach.

In Luzern hält man den berühmten noramerikanischen General Sherman für den nach Amerika ausgewanderten Major Scher von Dagmersellen.

### Spanien

Wie aus Madrid, 9. d. gemeldet wird, hat der Finanzminister A. Castro in den Cortes erklärt, es sei möglich, daß die Negotierung der beabsichtigten Anleihe von 300 Millionen Hypothekenbons nicht stattfinde.

Fernando Alvarez, der ministerielle Kandidat, ist mit 150 gegen 93 Stimmen zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt worden. Der Verleger des Blattes Democrazia ist verhaftet worden.

### Großbritannien.

Man trägt sich mit dem Gedanken, dem Cardinal Wiseman ein Denkmal zu errichten. Bereits hat sich zu diesem Zwecke ein Comité gebildet, zu welchem u. A. Viscount Sefton, Bisc. Campden, Lord Petre, Sir Charles Clifford, Monsignor Mannig gehören. Ein Plan, der bisher die allgemeine Unterstützung zu finden scheint, geht auf die Errichtung einer prachtvollen Kathedrale in der Diözese Westminster (deren Erzbischof der Cardinal war) hinaus.

Zwischen den Eisenwerksbesitzern und ihren Arbeitern ist ein ernster Conflict ausgebrochen. Die ersten haben beschlossen, ihre Fabriken und Hütten zu sperren und nicht wieder zu öffnen, bis die Arbeiter sich zur Annahme des um 10 p. C. verringerten Lohnes bereit erklären. In Süd-Staffordshire allein sind bereits 35,000 Menschen ohne Beschäftigung. Schließen sich sämtliche Fabrikarbeiter dem Parte an, dann seien sich wohl über 70,000 Leute ohne Arbeit.

### Italien.

Aus Turin wird berichtet, daß der König nächstens eine süditalienische Reise unternehmen und hierauf im Mai dem Dantefest zu Florenz beiwohnen wird.

Der König Victor Emanuel hat am 7. in Mailand den Grundstein zu der seinen Namen führenden Gallerie gelegt, während der Ceremonie mehrere Orden mit dem Monogramm verhüllt und Abends die Rückreise nicht nach Turin, sondern nach Florenz angetreten.

Prinz Arthur von England ist in Neapel angekommen.

Die „Italie“ erfährt aus sicherer Quelle, daß das militärische Gefolge des Königs Victor Emanuel amtlich benachrichtigt worden sei, „da der Hof definitiv in Florenz sei, so hätten die Ordonnaunce und Adjutanten des Königs fortan in Florenz ihren Wohnsitz zu nehmen“.

Der piemontesische General Pinelli, berüchtigt durch das Niederbrechen ganzer Ortschaften, in denen Verdächtige wohnten, durch massenhafte Füllsladen und ähnlich im Regolettanischen verhüllt und Abends die Rückreise nicht nach Turin, sondern nach Florenz angetreten.

Prinz Arthur von England ist in Neapel angekommen.

Auf Allerhöchste Anordnung wurde der Adlatus des Militärarchivs des Kiewer Militärgebietes, Generalleutnant Siemiatkin zum Militärcorrespondenten des Kazaner Militärbezirkes an die Stelle des Generaladjutanten Knorrings ernannt, welcher auf seine Bitte wegen geschrägter Gesundheit ein Jahr Urlaub erhalten hat.

### Rußland.

Auf Allerhöchste Anordnung wurde der Adlatus des Militärarchivs des Kiewer Militärgebietes, Generalleutnant Siemiatkin zum Militärcorrespondenten des Kazaner Militärbezirkes an die Stelle des Generaladjutanten Knorrings ernannt, welcher auf seine Bitte wegen geschrägter Gesundheit ein Jahr Urlaub erhalten hat.

Die „Italie“ erfährt aus sicherer Quelle, daß das militärische Gefolge des Königs Victor Emanuel am 5. März neuerlich benachrichtigt worden sei, „da der Hof definitiv in Florenz sei, so hätten die Ordonnaunce und Adjutanten des Königs fortan in Florenz ihren Wohnsitz zu nehmen“.

Der piemontesische General Pinelli, berüchtigt durch das Niederbrechen ganzer Ortschaften, in denen Verdächtige wohnten, durch massenhafte Füllsladen und ähnlich im Regolettanischen verhüllt und Abends die Rückreise nicht nach Turin, sondern nach Florenz angetreten.

Heute Abend findet im „Sächsischen Hotel“ das zweite Dilettanten-Concert zum Besten hiesiger unbemittelten Studenten statt. Unter den zehn Piecen der Aufführung finden wir nur drei Neuvorstellungen.

Am 11. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt. Auf diesen Art dastehenden Linienspiel ist bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im „Sächsischen Hotel“ das zweite Dilettanten-Concert zum Besten hiesiger unbemittelten Studenten statt. Unter den zehn Piecen der Aufführung finden wir nur drei Neuvorstellungen.

Am 11. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12. März wird ein Unicum in der Literatur, das einzige, was dieser Art dastehenden Linienspiel ist, bereits die Aufmerksamkeit der gelehrteten Linguisten erregt.

Heute Abend findet im Augusteum der Universität eine Aufführung des „Don Sebastian“ statt.

Am 12.

# Amtsblatt.

## Kundmachung. (240. 1)

### Erkenntnis.

Das f. k. Landesgericht in Straßfach als Preßgericht zu Benedig hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der dortigen k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der nachfolgend angeführten Druckschriften die nebenbezeichneten Verbrechen begründet und hiemit nach §. 36 des Preßgesetzes das Verbot ihrer weiteren Verbreitung ausgesprochen:

Almanacco del giornale popolare illustrato „L'Emporio pittresco“ pel 1865, anno I. Milano presso la Direzione del giornale, via S. Vito al Pasquirolo Nr. 7, das im §. 65 lit. a. St. G. näher bezeichnete Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe.

„Condizioni passate e presenti dell'Istria e conseguenze relative di pubblico diritto, dell'avvocato P. Sigismondo Bonfiglio. Torino, stamperia dell'unione tip. editrice 1864“, das im §. 58 lit. c. St. G. näher bezeichnete Verbrechen des Hochverrates.

Benedig, am 30. November 1864.

## 3. 2940. Concurs-Kundmachung (241. 1-3) für eine Advocaten-Stelle.

In dem Sprengel des Krakauer k. k. Oberlandesgerichtes ist in Bochnia eine Advocatenstelle in Erledigung gekommen.

Im Zwecke der Besetzung dieser Advocatenstelle haben die Bewerber binnen vier Wochen, vom Tage der dritten Einschaltung dieser Concurs-Kundmachung in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung gerechnet, die mit den erforderlichen Belegen versehenen Gesuche, in welchen die Nachweizung über das Alter, die absolvierten Rechtsstudien, den erlangten Doctorgrad, die Sprachkenntnisse, die bestandenen vorge schriebenen Prüfungen, die bisherige Verwendung, endlich die Moralität zu liefern und anzugeben ist, ob und in wie fern sie mit einem Justiz-Beamten des Krakauer Oberlandes-Gerichts-Sprengels verwandt oder verschwägert sind.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig belegten Kompetenzgesuche im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, bei dem Präsidium der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission, und Grundlastungsfonds-Direction in Krakau, und mit einem jährlichen Gehalte von 735 fl. ö. W. provisorisch zu befreien.

Vom Präsidium der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission, und Grundlastungsfonds-Direction.

Krakau, 8. März 1865.

## Nr. 3845. Edict. (195. 3)

Vom f. k. Landesgerichte in Krakau wird bekannt gemacht: Es sei in die Gründung eines Concurses über das gesammte bewegliche und über das in denjenigen Kronländern, für welche die Civil-Jurisdiktionsnorm vom 20. November 1852 R. G. Bl. Nr. 251 in Wirksamkeit steht, befindliche unbewegliche Vermögen des Herrn Gustav Kowacz, Handelsmann in Krakau gewilligt worden. — Dabey wird Federmann, der an erteilten Verhältnissen eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, erinnert, bis zum 30. Mai 1865 die Anmeldung seiner Forderung in Gestalt einer förmlichen Klage wider den Vertreter dieser Concursmasse bei diesem Gerichte einzureichen, und es sei zum Concursmassevertreter und zum einstweiligen Concursmasseverwalter Herr Adv. Dr. Rydzowski, zu seinem Stellvertreter Herr Adv. Dr. Korecki bestellt worden.

Wer seinen Anspruch an diese Concursmasse binnen obiger Frist nicht anmeldet, oder unterlassen würde, in seiner Klage nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Klasse gesetzt zu werden verlangte, zu erweisen, wird nach Abschluß der Frist nicht mehr angehört, und diejenigen, die ihre Forderung bis dahin nicht angemeldet haben, sollen in Rücksicht des gesammten in obbenannten Ländern befindlichen Vermögens des Eingangs genannten Verhältnissen ohne Ausnahme auch dann abgewiesen sein, wenn ihnen wirklich ein Compensationsrecht gebührt, wenn sie auch ein eigenes Gut von der Masse zu fordern hätten, oder wenn auch ihre Forderung auf ein liegendes Gut des Verhältnisses vorgenommen wäre, daß also solche Gläubiger, wenn sie etwa in die Masse schuldig seyn sollten, die Schuld unbehindert des Compensations-Eigenthums- oder Pfandrechtes, das ihnen sonst zu Statthen gekommen wäre, abzutragen verhalten werden würden.

Endlich wird zur Wahl des definitiven Vermögensverwalters und des Creditorenausschusses die Tagfahrt auf den 31. Mai 1865 um 4 Uhr R. M. angeordnet, zu welcher sämtliche angemeldeten Gläubiger vorgeladen werden.

Krakau, 28. Februar 1865.

## Nr. 3982. Edict. (211. 3)

Vom f. k. Landesgerichte in Krakau wird hiemit bekannt gemacht, daß in Folge Begehren mehrerer Gläubiger des Johann Cantius Hahn gemäß §. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Nr. 97 R. G. Bl. der mit hiergerichtet. Beschlüsse vom 22. Februar 1865 Z. 3593 über das zur Verlassehaft des Johann Cantius Hahn gehörige Vermögen, insbesondere auch über das Vermögen des zu dieser Verlassehaft gehörigen Närnberger, Eisen- und Galanteriewaren-Handlung unter der Firma „Franz Hahn & Sohn“ in Krakau eröffnete Concurs aufgehoben, das Ausgleichsverfahren über das sämtliche zur Verlassehaft des Johann Cantius Hahn gehörige bewegliche und das in denjenigen Ländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862 Nr. 97 R. G. Bl. wirksam ist, befindliche unbewegliche Vermögen eingeleitet, und zur Leitung des Ausgleichsverfahrens der Krakauer f. k. Notar Herr Zuk Skarszewski als Gerichtscommissionär bestellt wurde.

Der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Verladung zur Ausgleichsverhandlung selbst wird insbesondere kundgemacht werden, es steht jedoch jedem Gläu-

biger frei, seine Forderung mit der Rechtswirkung des §. N. 1255.

Krakau, am 28. Februar 1865.

## E dyk t.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie oznajnia niniejszym, iż w skutek żądania kilku wierzcicieli Jana Kantego Hahna, stosownie do §. 5 ustawy z dnia 17 grudnia 1862, Nr. 97 Dz. P. P. konkurs uchwała z dnia 22 lutego 1865 Z. 3593 na majątek należący do spadku Jana Kantego Hahna, szczególnie także na majątek należącego do tego spadku handlu norymerskich, żelaznych i galanteryjnych towarów pod firmą „Franciszek Hahn i syn“ w Krakowie otworzony, zniesionym, postępowanie ugodne względem wszelkiego do spadku s. p. Jana Kantego Hahna należącego ruchomego i w tych krachach, gdzie ustała z dnia 17 grudnia 1862 Nr. 97 Dz. P. P. obowiązuje, znajdującego się nieruchomości majątku wprowadzonemu, i do przeprowadzenia postępowania ugodnego c. k. notaryusz Krakowski p. Zuk Skarszewski jako komisarz sądowy ustanowionym zostaje.

Termim do zgłoszenia pretensyj i wezwanie do przeprowadzenia postępowania ugodnego osobno ogłoszonym zostanie, wolno jednak každemu wierzcicielowi pretensya swą ze skutkiem §. 15 wyż wspomnionej ustawy natychmiast zgłosić.

Kraków, dnia 28 lutego 1865.

Brzeg, am 30. November 1864.

Brzeg, am 30. November